

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE 6. AUSLAENDERINITIATIVE

Presseausschuss - Postfach 1161 - 3001 Bern - Tel. 031/44 58 94

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 18. Oktober 1988

Sehr geehrte Damen und Herren

In seinen Ende der letzten Woche veröffentlichten Erläuterungen zur Volksabstimmung vom 4. Dezember listet der Bundesrat unter anderem auch die Gründe auf, die ihn zur Ablehnung der 6. Ausländerinitiative veranlassen. Diese Argumentation kommt auch in den vier Beiträgen dieser Pressedienst-Ausgabe zum Tragen: Nationalrat Dr. Paul Wyss (FDP/BS) und sein Zürcher Partei- und Ratskollege Heinz Allenspach machen in ihren Artikeln auf die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen aufmerksam, welche die Annahme der NA-Initiative vor allem auch für die Rand- und Bergregionen hätte. Christoph Erb, Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, weist auf die Problematik der Vermengung von Fremdarbeiter- und Asylpolitik hin, und ein vierter Beitrag macht klar, dass die 6. Ueberfremdungsinitiative zwar auf die Ausländer in unserem Land zielt, in Wirklichkeit aber uns Schweizer treffen würde.

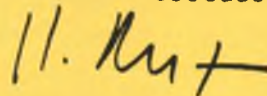
Gemäss Vorankündigung findet die Pressekonferenz unseres Aktionskomitees statt am:

Freitag, 11. November 1988, 10.30 Uhr, "Casino" (Panoramasaal), Bern

Wir würden uns freuen, Sie an unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Das detaillierte Programm erhalten Sie zusammen mit der nächsten Ausgabe unseres Pressedienstes.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Beilagen erwähnt

Ueberfremdungsinitiative Nr. 6:

Zwängerei mit üblen Folgen

Von Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel

Am 4. Dezember 1988 kommt bereits die sechste Ausländerinitiative zur Abstimmung. Bisher hatte keine der Ueberfremdungsinitiativen eine Chance, zum Tragen zu kommen. Die von der Nationalen Aktion (NA) lancierte Initiative muss also als politische Zwängerei bezeichnet werden, die zudem ernsthafte Folgen für die Wirtschaft, insbesondere auch für die Grenzregionen hätte.

Unverantwortliche Rosskur

Die Initiative möchte innert 15 Jahren - also bis zum Jahr 2004 - einen Abbau des Ausländerbestandes um 300'000 Personen erzwingen. Insgesamt würden von dieser Massnahme 180'000 Jahresaufenthalter und Niedergelassene sowie 100'000 Saisoniers und Grenzgänger betroffen. Innert 15 Jahren müsste die schweizerische Volkswirtschaft auf neun Prozent aller Beschäftigten verzichten. Stark betroffen würden dabei die Bauwirtschaft (26% aller in der Branche beschäftigten Arbeiter würden ausfallen), das Gastgewerbe und die Tourismusbranche (je 20%), sowie die Maschinenindustrie (23%). Für die Nordwestschweiz zum Beispiel würde aber auch der Verlust von neun Prozent aller Beschäftigten in der Chemieindustrie schwer wiegen. Ein massiver Leistungsabbau müsste auch im Gesundheitswesen in Kauf genommen werden, wo ebenfalls neun Prozent aller Beschäftigten weggeschickt würden.

Grenz- und Randregionen besonders stark betroffen

Einen verheerenden Aderlass müssten sich die Grenzkantone gefallen lassen. Die Kantone Tessin, Graubünden und Genf würden einen Sechstel ihrer Arbeitskräfte verlieren. Aber auch Baselstadt und Baselland müssten zehn Prozent aller Beschäftigten, das sind 23'000 Arbeitnehmer, in deren ausländische Heimat abschieben, davon könnten 8'500 Grenzgänger ihren Beruf in den beiden Basel nicht mehr ausüben. Dass dieser Verlust an Arbeitsplätzen zu ernsthaften wirtschaftlichen Problemen in der Grenzregion führen würde, ist unschwer abzusehen. Dies zudem in einer Zeit des ausgetrockneten Arbeitsmarktes. Weniger Arbeitskräfte bedeutet Abwerbung, mehr Konkurrenz um die verbleibenden Arbeiter. Höhere Produktionskosten und unproduktive Administrationskosten als Folge des ausgetrockneten Stellenmarktes gefährden die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Insbesondere die Exportwirtschaft, zu der auch die Basler Chemie gehört, hätte unter solchen Folgen zu leiden. Viele Betriebe müssten ihre Tore schliessen, andere ihre Produktionsstätten ins Ausland verlegen, was wiederum Tausenden von Schweizern den Arbeitsplatz kosten würde. Und ob diese Schweizer dann im benachbarten Ausland als Gastarbeiter gerne gesehen würden, ist mehr als nur fraglich.

Da die NA-Initiative auch vor hochqualifiziertem Personal nicht Halt machen würde, müsste auch der Forschungsplatz Schweiz schwerwiegende Rückschläge erwarten und befürchten. Angesichts der Tatsache, dass sich die europäischen Länder bis 1992 wirtschaftlich noch enger zusammenschliessen wollen, können wir uns eine Rosskur à la NA nicht leisten. Statt dass wir uns im Arbeits- und Wirtschaftsbereich besonders anstrengen könnten um mit Europa mitzuhalten, würden wir einer Wirtschaftskrise entgegensteuern. Einen Vorgeschmack darauf haben wir Mitte der siebziger Jahre erlebt, wo uns eine Strukturkrise ebenfalls eine Viertelmillion Arbeitsplätze gekostet hat. Diese Erfahrung können und wollen wir nicht noch ein zweites Mal machen. Wir können sie uns schlicht und einfach nicht leisten. Deshalb müssen wir die 6. Ausländerinitiative am 4. Dezember 1988 wuchtig verwerfen.

Es gäbe nur Verlierer
Bemerkungen zur NA-Anti-Ausländer-Initiative

von Nationalrat Heinz Allenspach, Fällanden/Zürich

Die Volksinitiative der Nationalen Aktion will die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz um 300'000 Personen herabsetzen. Das bedeutet einen Ausfall von rund 180'000 erwerbstätigen Jahresaufenthaltern und niedergelassenen Ausländern. Ferner sollten 57'000 Saisoniers und 43'000 Grenzgänger ihren Arbeitsplatz in der Schweiz verlieren. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen würde um über 9 % sinken; über 9 % aller Arbeitsplätze stünden leer. Im Kanton Zürich beispielsweise entstünde eine Lücke von rund 45'000 Erwerbstätigen, im Kanton Genf von rund 32'000, in den Kantonen Waadt und Tessin fielen 26'000 bis 28'000 Erwerbstätige aus. Es besteht kein Zweifel, dass die Verluste der starken Wirtschaftszentren durch Zuwanderung aus anderen Regionen wieder aufgefüllt würden. Die Randregionen und wirtschaftlich schwachen Gegenden wären die Leidtragenden.

Die Volksinitiative der Nationalen Aktion hätte sodann den Zusammenbruch des Baugewerbes und des Tourismus sowie eine Lahmlegung weiter Teile unserer Industrie zur Folge. Nach zuverlässigen Hochrechnungen verlöre das Baugewerbe mehr als einen Viertel ihrer Beschäftigten, das Gastgewerbe rund einen Fünftel. Die Textil- und Bekleidungsindustrie müsste auf 15 bis 17 % der Mitarbeiter verzichten, die Baustoffindustrie auf 14 bis 15 %, die Maschinen- und Metallindustrie auf 10 bis 12 %. Da die Arbeitsplätze von Schweizern und Ausländern eng verzahnt sind, würden die unausweichlichen Betriebsschliessungen oder Verlegungen von Produktionsstätten ins Ausland auch Tausenden von Schweizern ihren Arbeitsplatz kosten. Die Annahme der Initiative hätte somit eine Welle betrieblicher, beruflicher und regionaler

Umschichtungen zur Folge, die die älteren Schweizer Arbeitnehmer am härtesten treffen würde. Um derartige unsoziale Auswirkungen ihrer engstirnigen Anti-Ausländerpolitik kümmert sich die Nationale Aktion aber nicht.

Vier Fünftel der Ausländer in der Schweiz stammen aus EG- und EFTA-Staaten. Nach Annahme der NA-Initiative müssten wir die bestehenden Staatsverträge mit diesen EG- und EFTA-Staaten kündigen. Das würde unsere Beziehungen gerade mit unseren europäischen Nachbarstaaten empfindlich belasten und zu entsprechenden Gegenmassnahmen im Ausland führen. Die Schweiz ist ein Teil Europas und auf geistige, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn angewiesen. Wir dürfen uns in Europa nicht isolieren, in einer Zeit, in der wir mehr denn je in Europa zusammenarbeiten sollten.

Schon die quantitativen Auswirkungen wären Grund genug, die Fremdarbeiterinitiative der Nationalen Aktion zu verwerfen. Dazu kommen erschwerend negative qualitative Aspekte. Die bisherige Zulassungspolitik des Bundesrates vermag die Bedürfnisse der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften und Spezialisten, die in der Schweiz gar nicht ausgebildet werden, nur ungenügend zu berücksichtigen. Es fehlen Fachleute im Bereich moderner Technologien. Sogar der Bundesrat hat zugestanden, dass wir noch auf Jahre hinaus zuwenig einheimische Informatiker haben. In vielen Spezialgebieten ist die Schweiz auf ausländisches Lehr- und Forschungspotential angewiesen. Ohne ausländische Wissenschaftler könnte das Niveau unserer Hochschulausbildung kaum in bisherigem Umfang gewährleistet werden. Je stärker die Anti-Ausländer-Initiative der Nationalen Aktion es unserem Land erschweren würde, ausländische Fachkräfte in Hochschulen, Forschung und Wirtschaft einzubeziehen, um so mehr würden unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit, die Kreativität der Forschung und die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung sinken. Die Auswirkungen auf den Werkplatz Schweiz würde unser Volk sehr bald schmerzlich verspüren.

Die Anti-Ausländer-Initiative der Nationalen Aktion vermag den beängstigenden Zustoss von Asylanten nicht abzubremesen. Sie greift nicht ins Asylrecht ein und trägt nichts dazu bei, die ungezählten Wirtschaftsflüchtlinge rascher wieder in ihre Heimat zurückzuspedieren. Sie lässt vielmehr zu, anstelle abwandernder Jahresaufenthalter und Niedergelassener aus den umliegenden, mit der Schweiz verbundenen Nachbarstaaten mehr unqualifizierte und nicht integrierbare Asylanten aus entfernten Ländern in die Schweiz einzuschleusen. Das Resultat dieser kurzsichtigen NA-Politik wäre mehr Ueberfremdung in der Schweiz. Wir benötigen eine griffigere Asylpolitik, vor allem rascheres Handeln gegenüber Wirtschaftsflüchtlingen; wir benötigen aber keine Rosskur-Fremdarbeiterpolitik. Bei der von der Nationalen Aktion gewollten Schocktherapie würde es nur Verlierer geben.

Es verlören die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die Konsumenten und die Rentner; es verlören in erster Linie die wirtschaftlich Schwächeren. Am meisten verlöre aber die Schweiz an Ansehen und Glaubwürdigkeit.

* * *

Nein auch zur 6. Auflage

Von Christoph Erb, Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes

Verschiedene Branchen leiden seit längerer Zeit unter einem Mangel an Arbeitskräften. Sollte die neuerliche Initiative der Nationalen Aktion angenommen werden, würde sich diese Situation drastisch verschärfen. Während längerer Zeit dürfte nämlich ein Drittel der Arbeitskräfte, die unser Land verlassen, nicht mehr ersetzt werden. Erst wenn 280'000 ausländische Arbeitskräfte die Schweiz endgültig verlassen haben, dürfte die Formel "Einwanderung gleich Auswanderung" gelten. Zusätzlich müssten innerhalb von 4 Jahren nach einer Annahme dieser Initiative 100'000 Saisoniers und Grenzgänger weggewiesen werden. Es stehen in der Schweiz keine Arbeitskräfte zur Verfügung, um diesen Aderlass an Personal zu kompensieren.

NA-Forderungen würden zum Kollaps führen

Folge des Verlustes wichtiger Arbeitskräfte wäre ein schwerer Wirtschaftseinbruch, der zwangsläufig auch Arbeitsplätze von Schweizern vernichten würde. Besonders stark betroffen wären Branchen, die verhältnismässig viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigen. Gemessen an der gesamten Zahl der schweizerischen und ausländischen Erwerbstätigen ginge beispielsweise im Baugewerbe die Zahl der Beschäftigten um über 25 Prozent zurück. Im Gartenbau und im Gastgewerbe wären es je rund 20 Prozent, im Gesundheitswesen knapp 10 Prozent und in der Maschinenindustrie 12,5 Prozent. Die Leistungsfähigkeit dieser Branchen wäre also stark beeinträchtigt. Es gibt keine Region in der Schweiz, die ungeschoren davonkäme. Ganz besonders unter den vorgeschlagenen Restriktionen hätten jedoch die auf den Tourismus angewiesenen Randgebiete zu leiden.

Vermischung von Fremdarbeiter- und Asylpolitik

Die Initianten erhoffen sich, einen bestehenden Unwillen über die gegenwärtige Asyl-Situation für sich und gegen die ausländischen Arbeitskräfte auszunutzen zu können. Besonnene Unternehmer und Stimmbürger tun jedoch

gut daran, diese Fragen klar auseinanderzuhalten, auch wenn sich die Situation in der Asylpolitik weiter verschärfen sollte. Mit der Wegweisung tüchtiger Arbeitskräfte ist nämlich dieses Problem keineswegs gelöst. Vielmehr wären unsere stabile Wirtschaftslage und die Vollbeschäftigung in der Schweiz gefährdet.

Die 6. NA-Initiative unterscheidet sich in ihrer Zielrichtung nicht von früheren abgelehnten Begehren. Diese Zwängerei der ewig gleichen, rechtsextremen Kreise verdient am 4. Dezember eine klare Antwort: Ein wuchtiges Nein.

NA-Rosskur brächte der Schweiz Probleme

Zum sechsten Mal seit Ende des zweiten Weltkriegs zieht die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) am 4. Dezember mit Hilfe einer Volksinitiative gegen die ausländische Wohnbevölkerung ins Gefecht. Diesmal wird, im Unterschied zu früher, nicht vorgeschlagen, Ausländer aus dem Land hinauszuerwerfen. Der Hebel wird bei der Einwanderung angesetzt. Die Wirkung für die ganze schweizerische Volkswirtschaft und damit für den nationalen Wohlstand und die Konkurrenzfähigkeit des Landes insgesamt wäre aber genau die gleiche. Mit 121 zu 3 Stimmen empfiehlt der Nationalrat dieses Volksbegehren als "völlig unrealistisch und wirtschaftlich nicht haltbar" dem Stimmvolk zur Ablehnung, und auch im Ständerat ist die Initiative mit 33 zu 0 Stimmen erwartungsgemäss deutlich durchgefallen. Warum?

Im Nationalrat wurde klar dargelegt, wohin die erneute NA-Rosskur führen müsste. Innerhalb von fünfzehn Jahren, das ist das Ziel der Initianten, wäre der Ausländerbestand durch Abbau der Einwanderungen um rund 300'000 abzubauen. Die schweizerische Wirtschaft kann aber nicht auf 300'000 Arbeitskräfte verzichten, ohne dass dies Rückwirkungen auch auf die Beschäftigungslage der einheimischen Arbeitnehmer haben müsste. "Die Annahme dieser Initiative würde mehr als eine Rosskur für unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt darstellen. Wie viele Menschen-schicksale würden davon betroffen werden?", so fragte sich im Frühling 1988 der Aargauer CVP-Nationalrat Beda Humbel. Dabei machte er deutlich, dass gleich reihenweise existentielle Fragen für die Schweizer selber aufgeworfen würden: "Saisonarbeitsbewilligungen müssten um mehr als 50'000 reduziert werden, Grenzgänger um rund 40'000. Was hätte das für viele Betriebe und Firmen für Folgen, für unsere gesamte Wirtschaft überhaupt? Welche Betriebe kämen zuerst an die Reihe? Würde es eine prozentuale Reduktion geben für alle Firmen, die Ausländer beschäftigen?"

Humbel, der gleichzeitig vor einer totalen Verbürokratisierung des schweizerischen Arbeitsmarktes warnte, drückte die ernstzunehmende Befürchtung aus, dass "auch Arbeitsplätze von Schweizern mit einer solchen Rosskur aufs Spiel gesetzt und verlorengehen würden", weil wahrscheinlich ganze Abteilungen geschlossen oder ins Ausland verlegt, manche Firmen sogar ganz aufgelöst und liquidiert werden müssten.

Der Bündner FDP-Politiker Peter Aliesch brachte das Problem auf folgende Formel: "Diese neue Ueberfremdungsinitiative richtet sich nicht nur gegen die Ausländer, sondern in ihrer Konsequenz gegen die Schweiz, gegen die Schweizer und vor allem gegen die Rand- und Berggebiete und deren Einwohner. Diese Initiative wäre der Todesstoss für unzählige Hotels und touristische Betriebe. Schon aus Verantwortung gegenüber unseren einheimischen Arbeitskräften müssen wir diese Initiative ablehnen."

In seiner Botschaft zur NA-Initiative Nummer 6 hat der Bundesrat über die volkswirtschaftlichen Schäden einer derartigen Zwängerei unmissverständlich Auskunft gegeben. Dort steht nachzulesen: "Eine Herabsetzung der ausländischen Arbeitskräfte würde sich namentlich in der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Baugewerbe, im Gesundheitswesen, in der Reinigung, im Gastgewerbe sowie in zahlreichen Zweigen des sekundären Wirtschaftsbereichs nachteilig auswirken. Sie trifft vor allem Wirtschaftsbereiche, in denen es sehr schwierig ist, den Mangel an Arbeitskräften durch Rationalisierungs- und Automatisierungsmassnahmen aufzufangen. Sie benachteiligt die am wenigsten entwickelten Regionen unseres Landes und diejenigen Zweige unserer Wirtschaft, für deren Aufgaben Schweizerbürger kaum gefunden werden können."

Und die Vorteile eines in der Bundesverfassung festgeschriebenen Einwanderungsstops? Ausser den in ihre Dauerthemen verliebten drei NA-Einzelkämpfern im Parlament vermochte niemand unter den 246 Volks- und Ständesvertretern dieser "Lösung" eine überzeugende Wirkung oder gar einen Vorteil abzugewinnen. Der Souverän wird gut daran tun, dieser eindeutigen Beurteilung durch die Bundesversammlung am 4. Dezember zu folgen und die 6. Ausländerinitiative mit einem deutlichen Nein bachab zu schicken!

Paul Amberg